



GUTE ARBEIT – SICHERE RENTE – SOZIALES EUROPA – AKTIVER STAAT

Wählen gehen für den Politikwechsel!

Es steht viel auf dem Spiel bei der Bundestagswahl. Vieles ist in den letzten Jahren aus dem Ruder gelaufen: Schlechte Arbeit boomt, die Rente mit 67 und die Absenkung des Rentenniveaus führt zu Altersarmut, die Lasten der Krise tragen vor allem die ArbeitnehmerInnen. Der DGB macht sich für einen Politikwechsel stark. Weshalb jede Stimme für eine soziale, arbeitnehmerfreundliche Politik zählt, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Am 22. September haben die Wählerinnen und Wähler das Wort. Sie entscheiden über den grundlegenden Kurs der Politik in den nächsten vier Jahren. Für die Beschäftigten geht es um viel bei der Bundestagswahl – nämlich darum, die Weichen für einen Politikwechsel zu stellen. Und dafür zählt jede Stimme.

Deshalb ruft der DGB alle Bürgerinnen und Bürger auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Nur wer wählen geht, kann auch etwas verändern! Es geht uns auch darum, zu verhindern, dass die Nichtwählerinnen und Nichtwähler am Ende die Wahl entscheiden. So nachvollziehbar manche Motive für eine Wahlenthaltung auch sein mögen – so unpoli-

tisch sind sie letztlich. Denn eine Wahlenthaltung arbeitet auch denen in die Hände, deren Politik man kritisiert.

Für den DGB geht es jedoch nicht darum, für eine Partei, einen Kandidaten oder eine mögliche Regierungskonstellation zu werben. Sondern es geht um politische Antworten auf die dringenden Herausforderungen unserer Zeit.

Der DGB als Bund der Gewerkschaften ist und bleibt als Einheitsgewerkschaft parteipolitisch unabhängig. Wir vertreten als Organisation der Arbeit die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und wir werben für eine sozial gerechte Politik für die Beschäftigten und ihre Familien. Wir sind also keineswegs politisch neutral.

Der DGB hat sich frühzeitig in diesem Bundestagswahlkampf aufgestellt: Wir fordern gute Arbeit, sichere Renten, ein soziales Europa und einen aktiven Staat. Auf dieser Grundlage erwarten wir von einer neuen Bundesregierung, dass sie sich einsetzt für

- eine neue Ordnung der Arbeit, die Unsicherheit vermindert und die Beschäftigten besser schützt
- eine gestärkte Tarifautonomie
- einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro
- eine solidarisch finanzierte Stärkung der Alterssicherung, die den Lebensstandard sichert und Altersarmut verhindert

- eine soziale Fortschrittsklausel und einen neuen Sozialkontrakt für Europa
- die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Europa
- gute Bildung und eine moderne Infrastruktur
- eine solide Finanzierung eines handlungsfähigen Staates.

Der DGB fordert einen Politikwechsel, damit wieder die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Märkte, Arbeit wieder die Wertschätzung erfährt, die sie verdient, und die Würde der arbeitenden Menschen respektiert wird.

Deutschland und Europa brauchen starke Arbeitnehmerrechte und eine gelebte Sozialpartnerschaft. Einen radikalen Kahlschlag von Arbeitnehmerrechten und sozialen Errungenschaften darf es nicht geben.

Darum: Wählen gehen am 22. September – für den Politikwechsel!



Programm-Check

Der DGB hat bereits im Herbst 2012 seine Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013 veröffentlicht: Es geht um gute Arbeit, sichere Rente, ein soziales Europa und einen aktiven Staat. Von Minijobs bis Steuerpolitik: Auf den folgenden Seiten untersucht das „Wahl-Info“, ob und wie sich die DGB-Forderungen in den Wahlprogrammen der Parteien wiederfinden.



Seit 2002 ist Michael Sommer Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).



Eine neue Ordnung der Arbeit

Die Gewerkschaften erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgt. Von Mindestlohn bis sachgrundlose Befristung: was die Parteien zu den Forderungen des DGB in ihren Wahlprogrammen sagen.

DGB

Um wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen, braucht es **mehr unbefristete, sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse** mit einer Entlohnung, die zumindest zum Leben reicht – statt Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung. Dazu fordert der DGB u. a. die Stärkung der Tarifautonomie, einen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohn** von mindestens 8,50 Euro, die Abschaffung der **sachgrundlosen Befristung**, sowie die Eindämmung des Missbrauchs von **Leiharbeit** und **Werkverträgen**. Leiharbeitskräfte müssen genauso entlohnt und behandelt werden wie die Stammebeschäftigten, das Synchronisationsverbot abgeschafft, die Verleihdauer begrenzt und die Mitbestimmung bei Leiharbeit und Werkverträgen ausgeweitet werden. Alle Arbeitsverhältnisse, also auch **Minijobs**, sollen sozialversicherungspflichtig werden.

CDU CSU

Die Union lehnt eine Lohnfestsetzung durch die Politik und einen einheitlichen **Mindestlohn** ab. Die Tarifparteien sollen verpflichtet werden, in einer gemeinsamen Kommission verbindliche Lohnuntergrenzen festzulegen, die je nach Branche und Region variieren können. Die Union sieht die Festanstellung als Regelfall, hält aber **befristete Beschäftigung** für geeignet, um Auftragsspitzen aufzufangen. Gleiches gilt für **Leiharbeit**, die Union will die Tarifparteien aber dabei unterstützen, das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ unter Berücksichtigung von Einarbeitungszeiten betrieblich umzusetzen. **Werkverträge** sind für CDU/CSU ein wichtiges Arbeitsmarktinstrument. Mit den Sozialpartnern sei sicherzustellen, dass kein Missbrauch stattfindet. Die Union will am Sonderstatus der **Minijobs** festhalten.

SPD

Die SPD will einen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohn** von mindestens 8,50 Euro ein-

führen. Sie plant, die sachgrundlose **befristete Beschäftigung** abzuschaffen. Die SPD setzt sich für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ein und will bei der **Leiharbeit** unter anderem das Synchronisationsverbot wieder einführen und die Mitbestimmung der Betriebsräte ausweiten. Um den Missbrauch von **Werkverträgen** zu verhindern, will die SPD Scheinselbstständigkeit klarer definieren. Um die Beschäftigten mit **Minijobs** besser zu stellen, sieht die SPD vor, die Umgehung des Arbeitsrechtes bei diesen Jobs auszuschließen und die soziale Absicherung zu verbessern.

FDP
Die Liberalen

Die FDP lehnt einen allgemeinen, flächendeckenden **Mindestlohn** strikt ab. Die FDP will das Vorbeschäftigungsverbot bei **befristeter Beschäftigung** lockern. Die FDP sieht keinen Handlungsbedarf gegen den Missbrauch von **Leiharbeit** und **Werkverträgen**. Die FDP hält an den **Minijobs** in ihrer derzeitigen Form fest und will die Grenze für **Minijobs** von zurzeit 450 Euro künftig entsprechend der Lohnentwicklung anpassen.

DIE LINKE. Die Linke will einen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohn** von mindestens 10 Euro einführen. Bis Ende der Wahlperiode soll er mindestens 60 Prozent des Durchschnittslohns betragen. Das sind zurzeit 12 Euro. Die Linke will Kettenbefristungen und **sachgrund-**

lose Befristung abschaffen. Sie fordert langfristig ein Verbot der **Leiharbeit**. Bis dahin soll Equal Pay und das Synchronisationsverbot gelten, eine Flexibilitätszulage von zehn Prozent eingeführt und die Verleihdauer auf wenige Monate begrenzt werden. Der Missbrauch von **Werkverträgen** soll verhindert werden, und sie sollen mitbestimmungspflichtig sein. Für **Minijobs** will die Linke die Sozialversicherungspflicht „ab der ersten Stunde“.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Bündnis 90 / Die Grünen wollen einen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohn** von mindestens 8,50 Euro einführen. Die Grünen wollen die **sachgrundlose Beschäftigung** abschaffen. **Leiharbeitskräfte** sollen mindestens gleich wie Stammbeschäftigte entlohnt werden und zusätzlich einen Flexibilitätsbonus erhalten. Die Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit und **Werkverträgen** soll verbessert werden. Die Grünen planen, in einem ersten Schritt die Zahl der **Minijobber** zu begrenzen, etwa durch Begrenzung der Arbeitsstunden und der Anzahl der Minijobber pro Betrieb. Außerdem soll ihre sozialrechtliche Absicherung verbessert werden. In einem zweiten Schritt will die Partei den Niedriglohnsektor umfassend reformieren und **Minijobs** durch sozialversicherte Beschäftigung ersetzen.



Altersarmut verhindern

Das DGB-Modell zeigt: Gute Renten für alle sind solidarisch finanzierbar. Im Vergleich: die Reformvorschläge der Parteien für die Rente.

DGB

Der DGB fordert, das **Rentenniveau** zu stabilisieren und die Erwerbsminderungsrenten zu erhöhen. Die **Rente mit 67** soll zumindest ausgesetzt und flexible Übergangsmodelle sollen ermöglicht werden. Mit Hilfe einer moderaten Erhöhung des **Rentenbeitrags** soll eine Demografiereserve angespart werden. Die **betriebliche Altersversorgung** ist auszubauen.

sichert, Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogenem Ruhestand verbessert werden.

SPD

Die SPD will das heutige **Rentenniveau** bis 2020 stabilisieren, Abschlüsse bei der **Erwerbsminderungsrente** sollen abgeschafft werden. Die **Rente mit 67** soll erst realisiert werden, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen sozialversichert beschäftigt sind. Die SPD fordert **flexible Übergangsmodelle** sowie einen **abschlagsfreien Rentenzugang** mit 63 nach 45 Versicherungsjahren. Die Teilrente ab 60 soll eingeführt werden, vereinfachte Zusatzbeiträge zur Rentenversicherung sollen den flexibleren Renteneintritt ermöglichen. Selbstständige sollen rentenversicherungspflichtig werden. Familienbedingte Erwerbsverläufe sind angemessen zu berücksichtigen, die SPD plant eine Solidarrente in Höhe von 850 Euro. Bis 2020 soll die einheitliche Ost-West-Rente umgesetzt werden.

FDP

Die FDP sieht keinen Bedarf, bisherige **Renten** kürzungen zurückzunehmen. Die Stabilisierung des **Rentenniveaus** ist für sie kein Thema, ebenso wie **Erwerbsminderungsrenten**. Wer künftig trotz Abschlüssen über der

Grundsicherung liegt, soll den Renteneintritt frei wählen können – oder aber auch länger arbeiten. Die FDP will **Zuverdienstgrenzen** komplett aufheben, die Rentenhöhe orientiert sich ausschließlich an eingezahlten Beiträgen. Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge sollen nur zum Teil auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Eine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige wird abgelehnt – aber Selbstständige sollen „riestern“ dürfen. Die Liberalen wollen wie die anderen Parteien eine einheitliche Ost-West-Rente.

DIE LINKE. Die Linke will Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel streichen, die zur Senkung des **Leistungsniveaus** führen. Abschlüsse bei **Erwerbsminderungsrenten** sollen gestrichen werden. Zurück zur **Rente mit 65**: Nach 40 Beitragsjahren soll jeder und jede abschlagsfrei in Rente gehen können. Drei Jahre Kindererziehungszeiten sollen für alle angerechnet, Riester-Ansprüche auf die gesetzliche Rente übertragbar werden.

Selbstständige, BeamtInnen und PolitikerInnen sollen in die gesetzliche Rente einzahlen. Die Linke fordert, dass die Kosten der Alterssicherung wieder paritätisch finanziert werden. Eine „solidarische Mindestrente“ soll 1050 Euro betragen.



Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich nicht für eine Stabilisierung des **Rentenniveaus** aus, sie bleiben bei der **Rente mit 67**. Die Grünen wollen eine abschlagsfreie **Erwerbsminderungsrente** und **flexible Teilrentenmodelle** schaffen. Eine steuerfinanzierte Garantierente soll nach mindestens 30 Versicherungsjahren mindestens 850 Euro betragen. Private und betriebliche Alterssicherung sind wichtig für die Sicherung des Lebensstandards, auch darum sei die Riester-Rente zu vereinfachen. Für die Absicherung von Frauen soll Rentensplitting in der Ehe obligatorisch werden. Arbeitslose zahlen Mindestrentenbeiträge, Minijobs und Selbstständige werden in vollem Umfang in die Rentenversicherung einbezogen.



Das Wahlprogramm der Union sagt zur **Stabilisierung des Rentenniveaus** nichts. Sie will **Erwerbsminderungsrenten** verbessern, die **Rente mit 67** soll **ohne Änderungen** umgesetzt werden. Ohne Finanzierungskonzept: **Mütter** von Kindern, die vor 1992 geboren sind, sollen einen zusätzlichen Rentenpunkt erhalten. **Private und betriebliche Vorsorge** sollen gestärkt werden. Wer mehr als 40 Jahre rentenversichert war und zusätzlich privat vorgesorgt hat, soll mindestens 850 Euro erhalten. Die Union will eine Vorsorgepflicht für Selbstständige, pflegende Angehörige sollen abge-





Mehr Demokratie wagen

Eine neue Bundesregierung hat die Chance, die Idee Europa neu zu beleben.

DGB

Der DGB setzt auf ein **demokratisches soziales Europa**, in dem der wirtschaftliche Erfolg an hoher Beschäftigung und mehr Wohlstand für alle gemessen wird. Europa braucht neue Strategien gegen die **Jugendarbeitslosigkeit**. Deshalb fordert der DGB einen **Marshallplan** für Europa: kein Spardiktat, sondern **gute Arbeit** und eine **starke Sozialpartnerschaft**. Sozialen Schutz und **Tarifautonomie**, statt Arbeitslosigkeit und Armut. Die europäischen **Finanzmärkte** müssen wirksam reguliert werden. Der DGB will ein prosperierendes und soziales Europa.

Dach der EZB etabliert, die **Unternehmenssteuern** angeglichen werden. Europäische Beschlüsse sollen künftig für die BürgerInnen besser zugänglich sein.

SPD

Die SPD will die **Sozialpartnerschaft** stärken. Dazu gehören mehr Rechte für Euro-Betriebsräte, erweiterte Spielräume für **Mitbestimmung** und ein **existenzsichernder Mindestlohn** in allen EU-Staaten. Zudem soll es konkrete Zielvorgaben für eine europäische **Wachstumsstrategie** geben. Die SPD will eine **soziale Fortschrittsklausel**.

Eine gerechte **Besteuerung** der Finanzmärkte und Vermögen sowie eine harmonisierte Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik stehen im Programm. Zu einer umfassenden **Finanzmarktregulierung** gehört für die SPD die Aufwertung der EZB zu einer **europäischen Investitionsbank**. Zudem spricht sie sich für einen **Schuldentilgungsfonds** aus. Mit Mitteln, unter anderem aus der Finanztransaktionssteuer, will die SPD Investitionen in Bildung, Infrastrukturnetze und ein Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit finanzieren.

Die **Rechte des Europa-Parlaments** sollen gestärkt, der Kommissionspräsident künftig vom

Parlament gewählt werden. Die Reformen sollen in einem **Konvent** erarbeitet werden.

FDP
Die Liberalen

Arbeitsmarkt und Sozialpartnerschaft werden im Programm nicht erwähnt. Die **„Jugendgarantie“** halten die Liberalen für einen ordnungspolitischen Fehler. Sie wollen eine **unabhängige EZB** und eine „sinnvolle“ **Regulierung** des Bankensektors. Die Bankenaufsicht soll verbessert werden, aber unabhängig von der EZB agieren. **Eurobonds** lehnt die FDP ab. In den Krisenländern soll der Reformdruck erhalten bleiben und **keine falschen Anreize** gesetzt werden. Für einen **Konvent** sind auch die Liberalen. Zudem soll die Kommission verkleinert und das Europaparlament zum Vollparlament ausgebaut werden.

DIE LINKE. Es soll Mindestregeln für eine europäisches **Tarif- und Sozialsystem** geben. Darüber hinaus will die Linke europaweit das Recht auf **politische Streiks** festschreiben. Eine **soziale Fortschrittsklausel** wird gefordert. Die Linke setzt sich für soziale und steuerliche Mindeststan-

dards und eine **Bankenabgabe** ein. Die Banken sollen stärker reguliert und **Schattenbanken** aufgelöst werden. Die Rechte des EU-Parlaments stärken und **basisdemokratische Elemente** ausbauen, ist das Ziel der Linken. Verbindliche **Volksentscheide** sollen möglich werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die Rechte der **Euro-Betriebsräte** sollen gestärkt werden. Die grenzüberschreitende **Mitbestimmung** wollen die Grünen zum „Kernstück“ des europäischen Sozialmodells machen. Einen **Mindestlohn** soll es künftig europaweit geben. Eine **soziale Fortschrittsklausel** steht ebenso im Programm. Ein **europäischer Steuerpakt** gegen Steuerdumping, -flucht und -vermeidung ist das Ziel der Grünen. **Eurobonds** sollen eingeführt, der Schattenbankensektor reguliert und ein Trennbankensystem etabliert werden. Auch die Grünen wollen einen öffentlichen **Konvent**, um Reformen zu erarbeiten. Außerdem wollen sie das **Wahlrecht** für EU-BürgerInnen erweitern. Das **Parlament** soll Gesetzesinitiativen vorschlagen können und den Kommissionspräsidenten wählen.

CDU CSU

Mit der von der EU beschlossenen so genannten **„Jugendgarantie“**, die Zusicherung auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, will die Union die **Jugendarbeitslosigkeit** verringern. Fördermittel sollen stärker projektbezogen ausgegeben werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern. Die Union lehnt **Eurobonds** ab. Eine **Bankenaufsicht** soll unter dem





Foto: DGB/Florentine Sievers



Belastung gerecht verteilen

Ein gutes und sicheres Leben braucht einen handlungsfähigen Staat. Für Investitionen in Bildung, sozialen Wohnungsbau oder Verkehrsinfrastruktur sind solide finanzierte öffentliche Haushalte notwendig.

DGB

Der DGB will **Reichtum** neu verteilen, damit zum Beispiel die Kommunen ihre Haushalte solide finanzieren können und handlungsfähig bleiben. Deshalb soll die **Vermögenssteuer** wiedereingeführt, **Erbschaften** und **Gewinne** höher besteuert und die **Finanztransaktionssteuer** umgesetzt werden. Der **Körperschaftsteuersatz** soll erhöht, Investitionen im Betrieb aber besser abgeschrieben werden können. Die **Abgeltungssteuer** soll gestrichen, alle Einkommensarten mit dem persönlichen Einkommensteuersatz besteuert werden. Die gesenkte Mehrwertsteuer für Hoteliers soll zurückgenommen werden. Riesigen **Investitionsbedarf** sieht der DGB etwa im Bildungsbereich. So sollen **Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen** finanziell besser ausgestattet werden. Der DGB fordert, die **öffentliche und soziale Infrastruktur** zu stärken. Der **öffentliche Dienst (ÖD)** muss über ausreichend Personal verfügen.

CDU CSU

CDU/CSU lehnen **Steuererhöhungen** ab. Es soll keine **Vermögenssteuer** geben, die **Erbchaftssteuer** nicht erhöht werden. Die Union hält an ihrem Ziel fest, in der kommenden Wahlperiode keine neuen Schulden zu machen. Die „kalte Progression“ soll abgemildert, das **Ehegattensplitting** beibehalten werden. Betriebsübergänge sollen steuerlich nicht zu hoch belastet werden. Das Programm sieht eine dritte Föderalismuskommission vor, um über den Länderfinanzausgleich zu beraten. Die Union will die „**Bildungsrepublik Deutschland**“ fortsetzen, unter anderem mit einer „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ – ausgestattet mit 500 Millionen Euro.

SPD

Die SPD will die **Vermögenssteuer** „angemessen“ ausgestalten. Der Spitzensteuersatz soll von 42 Prozent bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für Einkommen über 100 000 Euro bzw. 200 000 bei Ehepaaren angehoben werden. Die SPD will die **Erbchaftssteuer** anpassen und Unternehmenserbschaften stärker an Arbeitsplätze koppeln. Das

SPD-Programm sieht vor, das Ehegattensplitting durch einen Partnerschaftstarif für Ehegatten abzulösen. Die **Steuerprivilegien** für Hoteliers und Erben sollen zurückgenommen, die **Abgeltungssteuer** von 25 auf 32 Prozent steigen. Für Steuerbetrug sieht die SPD härtere Strafen vor. Steueroasen sollen bekämpft werden, Spekulationen, z.B. auf Nahrungsmittel, unterbunden werden. Die SPD plant, 20 Milliarden Euro mehr für **Bildung** pro Jahr auszugeben, unter anderem will sie Ganztagschulen und Schulsozialarbeit ausbauen.

FDP
Die Liberalen

Steuererhöhungen lehnt die FDP ab. Stattdessen soll eine „**Steuerbremse**“ eingeführt werden. Die FDP will den „Schuldenberg“ weiter abbauen. Die **Steuer- und Abgabenlast** soll gesenkt, **Beihilfen und Subventionen** sollen gekürzt werden. Freibeträge für Kapitalerträge will sie erhöhen, die **Erbchaftssteuer** soll „aufkommensneutral“ weiterentwickelt und vereinfacht, das Ehegattensplitting beibehalten werden. Die FDP plant, das BAföG zu „entbürokratisieren“ und elternunabhängig zu gestalten. „Nachlaufende“ **Studiengebühren** sollen eingesetzt werden.

DIE LINKE.

Die Linke will eine einmalige **Vermögensabgabe** in Deutschland und allen EU-Staaten. Ab einem Freibetrag von einer Million Euro sollen zehn Prozent gezahlt werden, 20 Prozent ab zehn Millionen Euro und 30 Prozent ab 100

Millionen Euro. **Vermögens- und Erbschaftssteuer** sollen reformiert werden. Der **Spitzensteuersatz** soll ab 65 000 Euro auf 53 Prozent erhöht werden. Einkommen aus Kapitalerträgen soll nach dem Einkommenssteuersatz erhoben, die **Abgeltungssteuer** abgeschafft werden. Die Linke will das **Ehegattensplitting** abschaffen. Die Linke plant, die „**Hotelsteuer**“ zurückzunehmen, eine **Kerosinsteuer** einzuführen und Ausnahmeregelungen für die Industrie bei der **Ökosteuer** abzuschaffen. Eine **Bundesfinanzpolizei** soll geschaffen, der Steuervollzug verbessert werden. Das Programm der Linken sieht mehr **Ganztagschulen und Kitas** vor. **Bildung** bleibt öffentlich ohne privaten oder kommerziellen Einfluss. Die Linke will in die **öffentliche Daseinsvorsorge** investieren.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Bündnis 90 / Die Grünen wollen den Anteil der Einnahmen aus **Umweltsteuern** am Gesamtsteueraufkommen erhöhen. Die Einnahmen der **Erbchaftssteuer** sollen verdoppelt werden. Der **Spitzensteuersatz** soll auf 45 Prozent bei 60 000 Euro, bei 80 000 auf 49 Prozent steigen. Eine zeitlich befristete **Vermögensabgabe** ist geplant. Kapitalerträge sollen wie alle anderen Einkommen besteuert werden. Die Grünen wollen öffentliche Institutionen stärken sowie **Kitas und Ganztagschulen** ausbauen. Ein **Studierendenzuschuss** soll für alle eingeführt, **Studiengebühren** abgeschafft werden.



Wer die Forderungen des DGB unterstützt, kann auf der DGB-Homepage ein Zeichen für gute Arbeit, sichere Rente, ein soziales Europa und einen aktiven Staat setzen und **BotschafterIn der Kampagne werden**. So geht's: Zunächst wird ein eigenes Porträtfoto in die Fotogalerie des DGB hochgeladen. Anschließend kann das hochgeladene Bild mit einer der Themen-Flaggen markiert werden. www.dgb.de/-/316

Jugend im Fokus

Gute Bildung, gute Ausbildung und eine sichere Perspektive für die Zukunft – das sind die zentralen Forderungen der DGB-Jugend an die Parteien. Zumindest in Sachen Bildung herrscht parteiübergreifend Einigkeit. Alle Wahlprogramme kündigen Investitionen an. Allerdings betonen CDU/CSU

und FDP, auch auf private Initiativen zu setzen. SPD, Grüne und Linke wollen die öffentlichen Ausgaben steigern. Die FDP steht zu Studiengebühren. SPD, Grüne und Linke wollen ein gebührenfreies Bildungssystem. Ob Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten oder fehlen-

Wählen gehen für einen Politikwechsel

JUGEND MACHT ANSAGEN

Wir überlassen die Diskussion über die Zukunft der Jungen Generation nicht den PolitikerInnen. Wir wollen mitbestimmen, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen.

Wir wollen eine soziale und arbeitnehmerfreundliche Politik für junge Menschen, die sich im Wahlkampf, in den Koalitionsverhandlungen und vor allem in der politischen Gestaltung wiederfindet.

Sechs zentrale Forderungen richten wir an die Politik:

- // Für eine **bessere Ausbildung**
- // Für gute und sichere **Beschäftigung**
- // Für eine **gute Bildung**
- // Für ein **soziales Europa**
- // Für eine **solidarische Alterssicherung**
- // Für eine **solidarische und offene Gesellschaft**

Lass deine BundestagskandidatInnen Farbe bekennen, ob sie unsere Forderungen unterstützen.

Unsere Resolution sowie alle Informationen zur Kampagne findest du unter: www.jugend-macht-ansagen.de

de Betreuung in der Ausbildung – zu konkreten Problemen, die Jugendliche in ihrer Ausbildung haben, nehmen Union und FDP keine Stellung. Die Oppositionsparteien wollen die Ausbildungsbedingungen verbessern. Union, SPD, Grüne und Linke loben das duale Ausbildungssystem. Die FDP will dieses flexibilisieren. Ausbildung soll unternehmensnah erfolgen.

Die Linke will ein Recht auf Ausbildung einführen. Betriebe, die nicht ausbilden, sollen per Umlage beteiligt werden. Mit einer „Berufsbildungsgarantie“ plant die SPD, jungen Menschen den Einstieg in Ausbildung zu erleichtern. Ein Sofortprogramm soll Jugendlichen ohne Schulabschluss eine Ausbildung ermöglichen. Auch Union und FDP wollen Schulabbrechern eine Chance geben, einen Abschluss nachzuholen. Die Grünen wollen neben dem dualen System überbetriebliche Lernorte schaffen, um jungen Menschen ohne Abschluss zu helfen.

Klare Regeln bei Praktika planen SPD (Missbrauch bekämpfen), Grüne (Mindestbedingungen einführen) und Linke (Praktika nach der Ausbildung sollen tariflich entlohnt werden). Bei Union und FDP wird das Thema nicht erwähnt. Die Wahlprüfsteine der DGB-Jugend:

www.bit.ly/wahl_2013_jugend

Aktionstag

Seit Wochen mobilisieren DGB und Gewerkschaften mit zahlreichen Aktivitäten für eine soziale, arbeitnehmerfreundliche Politik. Ein weiterer Aktionstag ist für den 7. September geplant – von Frankfurt/Main über Mannheim und Hannover bis Berlin werden sich GewerkschafterInnen auf Demos, Wahlfesten oder Podiumsdiskussionen für einen Politikwechsel stark machen. Mehr Infos im DGB-Infoservice einblick 15/13, der am 2. September erscheint, oder laufend aktualisiert unter www.einblick.dgb.de

Im Netz

DGB und Gewerkschaften bieten im Internet jede Menge Informationen und Hintergrund zur Bundestagswahl am 22. September.

Die **DGB-Forderungen** an die Parteien:

➤ www.dgb.de/btw2013/

Unter dem Motto „**Jugend macht Ansagen**“ hat die DGB-Jugend ihre

Erwartung an die Politik deutlich gemacht. Unter anderem sind alle KandidatInnen für den Deutschen Bundestag aufgerufen, eine Resolution zu unterzeichnen.

www.jugend.dgb.de

www.jugend-macht-ansagen.de

Wer selbst einen Blick in die Wahlprogramme der Parteien werfen will, findet sie unter folgenden Links:

CDU/CSU

➤ www.bit.ly/cducusu2013

SPD

➤ www.bit.ly/spd_2013

FDP

➤ www.bit.ly/fdp-2013

Die Linke

www.bit.ly/dielinke_2013

Bündnis90/Die Grünen

➤ www.bit.ly/grüne_2013

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Bundesvorstand, Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Internet: www.dgb.de, **Abteilungsleiterin:** Sigrid Wolff, E-Mail: info.bvw@dgb.de
Produktion und Koordination: DGB-Infoservice *einblick* – Graewis Verlag GmbH, Wallstr. 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088240, E-Mail: verlag@graewis.de
Redaktion: Anne Graef (v.i.S.d.P.), Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Sebastian Henneke
Layout: Klaus Niesen, Düsseldorf
Fotos: DGB/Florentine Sievers (5), DGB/Simone M. Neumann (1), DGB-Archiv (13), Jakob Huber/Campact (2), BR.de (1)
Druck und Vertrieb: PrintNetwork, Berlin
Bestellungen des Wahl-Infos: www.dgb-bestellservice.de